

Schriftführerin:

Karin Klingner, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Tagesordnung:**Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung**

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 27.10.2021**

- 3 Bericht des Generaldirektors der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg

- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

- 4.1 Einrichtung einer Koordinierungsstelle gegen Gewalt an Frauen, sexualisierte Gewalt und Stalking
Vorlage: 21/SVV/0393
Fraktion DIE aNDERE

- 4.2 Öffnung des Uferwegs am Groß Glienicker See
Vorlage: 21/SVV/0744
Ortsbeirat Groß Glienicke

- 4.3 Städtekooperation zum fachlichen Austausch "Digitalisierung"
Vorlage: 21/SVV/0910
Fraktion Freie Demokraten

- 4.4 Fachliches Gremium "Digitalisierung" für Umsetzung Smart City
Vorlage: 21/SVV/0919
Fraktion Freie Demokraten

- 5 Mitteilungen der Verwaltung**

- 5.1 Steuerung der städtischen Unternehmen durch den Hauptausschuss gemäß Beschluss 21/SVV/0343

- 5.2 Bericht zur touristischen Entwicklung und Umsetzung der Tourismuskonzeption 2025 der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 21/SVV/1166
Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation und Partizipation

- 5.3 Wirtschaftsplan 2022 und Touristischer Marketingplan 2022 der PMSG Potsdam Marketing und Service GmbH
Vorlage: 21/SVV/1167
Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation und Partizipation
- 5.4 Bericht über das Zusammenwirken der Ortsbeiräte mit der Stadtverwaltung und der Stadtverordnetenversammlung im Rahmen des verabredeten Workshopverfahrens
Vorlage: 21/SVV/1172
Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters
- 5.5 Berichterstattung 'Attraktive Arbeitgeberin' 2021
gemäß DS 21/SVV/1107
- 5.6 Rauchfreie Haltestellen im ÖPNV
gemäß Beschluss: 21/SVV/0308
- 5.7 Taxinotstand in Potsdam
aus HA 27.10.21
- 6 Sonstiges**

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 27.10.2021

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 16 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Bezüglich der vorliegenden Tagesordnung schlägt er die Erweiterung um folgende Punkte vor:

- auf Wunsch der Fraktion SPD den Bericht über den städtepartnerschaftlichen Austausch darzustellen,
- und auf Wunsch der Fraktion DIE LINKE den Stand der Verhandlungen bzgl. der Josephinen Wohnanlage noch einmal darzulegen.

Er weist im Weiteren darauf hin, dass im Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung die Tagesordnungspunkte 4.3 und 4.4 seitens der antragstellenden Fraktion der Freien Demokraten zurückgezogen wurden. Herr Teuteberg erklärt, dass er diese Anträge nach Aufruf für durch Verwaltungshandeln erledigt erklären wird. Somit bleiben die Tagesordnungspunkte auf der Tagesordnung.

Die so **ergänzte Tagesordnung** wird zur Abstimmung gestellt und einstimmig **bestätigt**.

Im Weiteren liegt ein **Rederecht** von Herrn Menzel zum TOP 4.2 – Uferweg Groß Glienicke vor; das Rederecht wird mit 13 Ja-Stimmen **bestätigt**, bei 3 Stimmenthaltungen.

Zur **Niederschrift** der 45. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 27.10.2021 gibt es keine Anmerkungen; die Niederschrift wird mit 14 Ja-Stimmen **bestätigt**, bei 2 Stimmenthaltungen.

Der Oberbürgermeister begrüßt Herrn Dr. Wegewitz in seiner neuen Funktion als Fraktionsvorsitzender der SPD.

zu 3 **Bericht des Generaldirektors der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg**

Herr Prof. Vogtherr, Generaldirektor der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg, berichtet zu den Schwerpunkten Öffnung der Parks und Gärten während der Corona-Pandemie sowie den Klimaschäden in den Parks.

Er weist eingangs darauf hin, dass die Parks und Gärten der Stiftung offengehalten werden jedoch durch die Schließung in der ersten Jahreshälfte durch Corona ein Besuchereinbruch zu verzeichnen gewesen sei, den man nicht durch den vermehrten lokalen Tourismus ausgleichen könne. Die digitale Präsenz habe sie vorgebracht, z.B. mit einer digitalen Schloss- und Gartenführung etwa oder einer digitalen Schnitzeljagd. Die Stiftung werde ihren Schwerpunkt in Richtung Digitalisierung und Kommunikation ändern. Sie verdanken den Zuwendungsgebern von Bund und Land, dass sie finanziell die letzte Zeit gut überstanden haben.

Bei der Umsetzung von Baumaßnahmen komme die Stiftung bei vielen Projekten von der Planungs- in die Ausführungsphase, u.a. bei der Sanierung des Cecilienhofes und des Neuen Palais sowie der Römischen Bäder im Park Sanssouci. Im Park Babelsberg soll der südliche Teil deutlich besucherfreundlicher gestaltet werden. Der Park Sanssouci soll an der Historischen Mühle ein neues Besucherzentrum erhalten. Die Stiftung habe vor, die Barrierearmut an vielen Orten der Parks zu verbessern.

Die Zukunft der Gärten sei das andere große Thema. Herr Prof. Vogtherr verweist auf die Gefahren und die Bedrohung der Gärten. Es bestehe ein erhöhter Pflegebedarf durch den Klimawandel sowie der Nutzungs- und Vandalismus-Schäden. Zum gegenseitigen Verständnis verweist er auf die Basis des Stiftungsauftrages, die Anlage als Weltkulturerbe zu erhalten, die oft nicht mit den Bedürfnissen der lokalen Besucher im Einklang sind.

Die Anlagen sind extrem verletzlich, so dass die Stiftung verstärkt auf Vermittlungsangebote setzt. Im Südbereich des Parks Sanssouci haben sie eine Kunstjugendwiese und Nachbars Garten angelegt und führen regelmäßig Gespräche mit dem Stadtjugendring. Mittlerweile müsse sich die Stiftung um ihr Personal sorgen, da zum Teil Umsetzungsanträge gestellt werden, wenn die Arbeit vom Tag am Abend zerstört werde. Daher appelliert die Stiftung zur Behutsamkeit im Umgang.

Herr Prof. Vogtherr fährt mit den Klimaschäden in den Parks fort, so seien tausende von Altbäumen geschädigt, die Stiftung gehe von einem Totalverlust aus. Das sei ein immenser ökologischer Verlust und sie wissen nicht, wie viele ihrer Gärten das nächste Jahrzehnt überlebt. Prioritäten müssen gesetzt werden, zum Beispiel bei Neupflanzungen und die Investition in die stark veraltete Brauchwasseranlage.

Als Stiftung sind sie stark daran interessiert, im Sinne der Stadt zu agieren. Er lädt die Hauptausschussmitglieder zu einem Besuch ein, auch digital und freue sich auf die Gespräche.

Der Oberbürgermeister betont, dass eine Veränderung im Umgang, die sie sich versprochen haben, spürbar sei. Es ist ein angenehmes Arbeiten und in der Diskussion zu Ordnung, Sicherheit und Vandalismus gehen beide Seiten ein Stück aufeinander zu.

Herr Dr. Scharfenberg bedankt sich bei Herrn Prof. Vogtherr für die Ausführungen; er halte es für wichtig, Probleme anzusprechen.

Im Weiteren beantwortet Herr Prof. Vogtherr die Fragen der Hauptausschussmitglieder zum Strandbad Babelsberg, zur Villa Henckel, Sensibilisierung, Stadtteilprojekten sowie mehr Ordnungskräfte in den Parks. Auf Bitten von Frau Hüneke zur beschlossenen Eruiierung, welche naturnahen Räume für Jugendliche bestehen, sagt der Oberbürgermeister zu, den Punkt mitzunehmen und im Nachgang zu berichten.

Nachfolgend zu dieser Berichterstattung erklärt der Oberbürgermeister, dass er heute auch über die **aktuelle Lage (Corona)** in der Landeshauptstadt Potsdam informieren will.

So führt er aus, dass 61 % der Brandenburger geimpft sind. Die Zahlen steigen an und man könne von einer Pandemie der Ungeimpften sprechen. Die Inzidenzzahl gestalte sich anders als im Vorjahr.

Zu den Zahlen:

- neue bestätigte Corona-Fälle in Potsdam im 24-Stunden-Vergleich: 87
- 7-Tage-Inzidenz für Potsdam: 227,9
- 7-Tage-Inzidenz des Landes Brandenburg: 258,2
- Patienten in Potsdamer Kliniken in Zusammenhang mit Covid19: 32
- davon intensivmedizinisch: 7

Für die Seniorenheime werden mobile Impfteams in die Einrichtung kommen, dort wo es gewünscht werde. Das Angebot der Auffrischungsimpfung bestehe.

An Schulen, bei denen es ein erhöhtes Infektionsgeschehen gebe, wird die Maskenpflicht eingeführt werden. Die Einschränkung der Freitesting nach 5 Tagen soll ein Stück an Sicherheit gewinnen.

Zur Kontaktnachverfolgung wird morgen in der Telefonkonferenz der Oberbürgermeister mit den Landräten beraten sowie zur Möglichkeit von Allgemeinverfügungen, diese würde vieles erleichtern. Zum Thema Impfen wird es gleichfalls morgen Gespräche geben. Er bedankt sich u.a. bei den Teams des DRK, der DLRG und auch beim Klinikum Ernst von Bergmann. Es werde weiterhin mobile Impfteams geben, sie müssen aber nach weiteren Möglichkeiten für Impfangebote suchen.

Im Weiteren führt der Oberbürgermeister zu den Regelungen der neuen Umgangsverordnung aus. Ein zentraler Punkt in der Anordnung ist die 2G sowie 3G Regel in den jeweiligen Bereichen. Morgen wird diese neue Verordnung den Oberbürgermeistern und Landräten vorgestellt. Am Freitag müsse die Verwaltung die Umsetzung regeln, wenn die Verordnung am Samstag in Kraft tritt. Vorgesehen sei, dass die Landeshauptstadt Potsdam weitestgehend mit den Regelungen vom Land einhergehe.

Herr Walter fragt nach dem Umgang mit der neuen Verordnung in den Fachausschüssen sowie mit Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung. Hybride Sitzungen sind kein „Teufelswerk“ mehr, so der Oberbürgermeister. Es gelte die freie Ausübung des Mandats und die Abfrage der 3 G-Regel wäre eine Möglichkeit. Für den Hauptausschuss werde er einen Vorschlag erarbeiten, wie zum Beispiel wieder in einen Wechselmodus von digitaler Sitzung und Präsenzsitzung zu gehen. Bezüglich der Sitzungen der Fachausschüsse können die Vorsitzenden mit Herrn Heuer sowie dem Präsidium das weitere Vorgehen besprechen. In Ausübung ihres Mandates können sie selbst entscheiden. Herr Teuteberg befürwortet die Sitzungen als Videokonferenz (wie in der Vergangenheit oft praktiziert und bewährt) durchzuführen. Vorträge bieten sich in einer Videokonferenz an und bei Abstimmungen die Präsenzsitzung.

Der Oberbürgermeister betont, dass das Verfahren für den Hauptausschuss bereits festgelegt wurde. Für weitere Festlegungen werde er die morgige Besprechung abwarten.

Pause zum Lüften von 18:19 Uhr bis 18:32 Uhr

Der Oberbürgermeister informiert über das gerade geführte Telefonat mit Herrn Schmidt vom Klinikum Ernst von Bergmann. Der Verwaltungsstab tagt in Kürze in einem engeren Sitzungsrhythmus und eine ähnliche Entscheidung hat das Klinikum getroffen.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 Einrichtung einer Koordinierungsstelle gegen Gewalt an Frauen, sexualisierte Gewalt und Stalking

Vorlage: 21/SVV/0393

Fraktion DIE aNDERE

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion empfiehlt, dem Antrag in der geänderten Fassung, gemäß dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 21.09.2021, zuzustimmen, die den Mitgliedern des Hauptausschusses mit den Stellungnahmen der Ausschüsse digital vorliegt.

Da kein Redebedarf besteht, wird diese geänderte Fassung zur Abstimmung

gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Koordinierungsstelle gegen Gewalt an Frauen, gegen sexualisierte Gewalt und gegen Stalking in der Landeshauptstadt Potsdam einzurichten, mit den Landkreisen Havelland und Potsdam Mittelmark, sowie dem mit der kreisfreien Stadt Brandenburg unter Beteiligung des Landes Brandenburg, die Einrichtung einer regionalen Koordinierungsstelle gegen Gewalt an Frauen, gegen sexualisierte Gewalt und gegen Stalking auf den Weg zu bringen.

Die Koordinierungsstelle soll alle lokalen Akteure im Bereich der geschlechtsspezifischen Gewalt koordinieren, und in den themenrelevanten Arbeitskreisen in Kommune und Land mitwirken. Ihre Arbeit soll ähnlich wie die Psychiatriekoordination oder Suchtkoordination gestaltet und die Stelle in der Verwaltung der LHP angegliedert sein. Netzwerke schaffen, Austauschformate organisieren, Bedarfe und Problemlagen eruieren und an die zu schaffende Landeskoordinierungsstelle weitervermitteln.

Die Stadtverordnetenversammlung soll im August 2021 **Januar 2022** über den Sachstand informiert werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	15
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	0

zu 4.2 Öffnung des Uferwegs am Groß Glienicker See
Vorlage: 21/SVV/0744
Ortsbeirat Groß Glienicke

Der Oberbürgermeister verweist auf die Zustimmung des Ausschusses für Klima, Umwelt und Mobilität. Neben Herrn Menzel hat auch Frau Malik, stellvertretende Ortsvorsteherin Groß Glienicke, ein Rederecht beantragt; das Rederecht wird einstimmig **bestätigt**.

Frau Malik verweist darauf, dass der Antrag vom Ortsbeirat Groß Glienicke so lange nicht beraten wurde, bis die Uferwegsbeauftragte, Frau Hartleb, ihre Tätigkeit aufgenommen hat und in den Ortsbeirat kam. Im Sommer konnten sie letztendlich darüber beraten und die Ortsbeiratsmitglieder haben dem Antrag mehrheitlich zugestimmt. Herr Menzel betont, dass der Antrag sogar einstimmig angenommen wurde. Frau Hartleb habe in der ausführlichen Diskussion bestätigt, dass der Auftrag realisierbar sei. Herr Menzel führt zu den Wegebereichen aus, dass gesperrte Bereiche über Schwimmstege passiert werden können.

Herr Dr. Wegewitz verweist darauf, dass der 30. Jahrestag der Deutschen Einheit mittlerweile verstrichen ist. Frau Malik entgegnet, dieses resultiere aus der langen Beratungszeit. Daraufhin schlägt der Oberbürgermeister vor, den Beschlusstext redaktionell auf den **32. Jahrestag** anzupassen; dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Vor dem Hintergrund des 30. 32. Jahrestages der Deutschen Einheit bekräftigt die Stadtverordnetenversammlung den Willen und das Ziel, den Uferweg am Groß Glienicker See wieder für die Öffentlichkeit frei zugänglich zu machen.

Der Oberbürgermeister wird deshalb beauftragt,

- die Voraussetzungen für die Öffnung bisher gesperrter und wegerechtlich gesicherter Abschnitte des Uferweges zu schaffen und den Uferweg weiterzubauen, wo dies möglich ist,
- Er wird außerdem gebeten, die Anlage temporärer Schwimmstege zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	15
Ablehnung:	0
Stimmhaltung:	1

zu 4.3 Städtekooperation zum fachlichen Austausch "Digitalisierung"

Vorlage: 21/SVV/0910

Fraktion Freie Demokraten

Im Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung wurde dieser Antrag **zurückgezogen**.

Wie vor Eintritt in die Tagesordnung angekündigt, stellt der Oberbürgermeister die „**Erledigung durch Verwaltungshandeln**“ zur Abstimmung; diese wird einstimmig bestätigt.

zu 4.4 Fachliches Gremium "Digitalisierung" für Umsetzung Smart City

Vorlage: 21/SVV/0919

Fraktion Freie Demokraten

Im Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung wurde dieser Antrag **zurückgezogen**.

Wie vor Eintritt in die Tagesordnung angekündigt, stellt der Oberbürgermeister die „**Erledigung durch Verwaltungshandeln**“ zur Abstimmung; diese wird einstimmig bestätigt.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

zu 5.1 Steuerung der städtischen Unternehmen durch den Hauptausschuss gemäß Beschluss 21/SVV/0343

Der Oberbürgermeister verweist auf den Auftrag, die Maßnahmen gemäß Beschlussfassung in eine Struktur zu fassen. Er hat einen Vorschlag dazu vorbereitet, der den Hauptausschussmitgliedern als Tischvorlage ausgereicht

wird (sh. Anlage zum Tagesordnungspunkt der Niederschrift).

Beginnend mit der Sitzung des Hauptausschusses am 27.11.2021 mit der Berichterstattung der TGZP und nachfolgend am 08.12.2021 des KEvB wird vorgeschlagen, darüber hinaus weitere regelmäßige Berichterstattungen mit fünf institutionellen und danach thematischen Vorträgen fortzuführen. Damit erhält der Hauptausschuss in jeder Sitzung einen Bericht, mit dem sich die Mitglieder intensiv befassen können.

Eine Übersicht zur Jahresplanung 2022 werde in der ersten Sitzung des Hauptausschusses im neuen Jahr folgen, so dass ein Mindestmaß an Flexibilität erhalten bleibe.

Frau Dr. Müller erinnert an die Diskussion zu dieser Thematik und dass auch eine Berichterstattung zur Sicherheitskonferenz erfolgen sollte und schlägt vor, den Präventionsrat mit aufzunehmen. Der Oberbürgermeister verweist auf die Aufzählung der institutionellen Berichterstattungen, da sei die Sicherheitskonferenz bei der Polizei einzusortieren; den Präventionsrat werde er in die Liste aufnehmen. Er appelliert an die Hauptausschussmitglieder, Ergänzungen oder auch gerne Streichungen der vorgelegten Liste zuzuarbeiten. Herr Dr. Scharfenberg begrüßt es, weitere Vorschläge zu machen und bittet darum, in der nächsten Hauptausschusssitzung die Ergebnisse zu besprechen.

**zu 5.2 Bericht zur touristischen Entwicklung und Umsetzung der Tourismuskonzeption 2025 der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 21/SVV/1166**

Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation und Partizipation

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 5.3 Wirtschaftsplan 2022 und Touristischer Marketingplan 2022 der PMSG
Potsdam Marketing und Service GmbH
Vorlage: 21/SVV/1167**

Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation und Partizipation

Auf eine Einbringung der Vorlage wird verzichtet. Auf Nachfrage von Frau Tinney zu den Ausfallzahlungen von 2,2 Millionen Euro antwortet Frau Bojunga, Fachbereichsleiterin Kommunikation und Partizipation, dass es sich dabei um einen regulären Verlustausgleich handelt und die Mittel dafür im Haushalt hinterlegt seien.

Es gibt keinen weiteren Redebedarf.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass es mit der Tourismus GmbH in der Vergangenheit etliche Schwierigkeiten unterschiedlichster Form gegeben habe; dass jetzt keine Diskussion gewünscht werde, sei ein positives Signal.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 5.4 Bericht über das Zusammenwirken der Ortsbeiräte mit der Stadtverwaltung und der Stadtverordnetenversammlung im Rahmen des verabredeten Workshopverfahrens
Vorlage: 21/SVV/1172

Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters

Herr Prof. Franzke, als Verfasser des Berichtes, führt zur Intention desselben aus. Nach dem Beginn im August 2021 wurde der Workshop für den November geplant und zum Abschluss soll es eine Handreichung geben. Er hat die Interviewmethode gewählt, um offen in das Thema einzusteigen. Herr Prof. Franzke weist auf die besondere Struktur in der Landeshauptstadt hin; vom urbanen Zentrum bis in die Ortsteile. Er habe eine sehr unterschiedliche Sichtweise wahrgenommen und hält es für sinnvoll dieses einmal aufzuschreiben. Im Bericht ist enthalten, dass ein aufeinander zugehen möglich ist. Transformationsprobleme gebe es auch in anderen großen Gemeinden, dieses sei kein Potsdam spezifisches Problem. Zum Schluss habe er 10 Vorschläge unterbreitet, davon können einige kurzfristig im Workshop schon abgearbeitet werden; andere wiederum benötigen eine längere Diskussion.

Da es keine weiteren Fragen der Hauptausschussmitglieder gibt, bedankt sich der Oberbürgermeister bei Herrn Prof. Franzke für seine Ausführungen und alles Weitere werde man am 27.11.2021 im Workshop diskutieren.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 5.5 Berichterstattung 'Attraktive Arbeitgeberin' 2021 gemäß DS 21/SVV/1107

Frau Dr. Kletzing, Fachbereichsleiterin Personal und Organisation, informiert an Hand einer Powerpoint-Präsentation (dem Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt) über die diversen Beschlüsse, welche die Verwaltung modernisieren sollen. Im März werde es einen quantitativen Bericht dazu geben. Sie führt zum Zielbild der geteilten Führung und paritätischen Besetzung bei Fachbereichsleitungen aus. Das Mentoring Programm habe zentrale Lerneffekte zur Folge. Anschließend beantwortet Frau Dr. Kletzing die Nachfragen der Hauptausschussmitglieder zur Entgeltgleichheit, wozu ein Workshop als Einstieg angedacht sei, zur Entschädigung für Praktika, welche ab 01.01.2022 erfolge und bezüglich der Mobilität, wozu bereits das Firmenticket angeboten werde und das Thema Jobfahrrad in Vorbereitung, aber nicht prioritär sei.

Der Oberbürgermeister bedankt sich bei Frau Dr. Kletzing für den Vortrag.

zu 5.6 Rauchfreie Haltestellen im ÖPNV gemäß Beschluss: 21/SVV/0308

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt, Herr Rubelt, informiert an Hand einer Powerpoint-Präsentation (dem Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt) über das Modellprojekt Rauchfreie Haltestellen im ÖPNV. Die Herausforderung ist die fehlende rechtliche Grundlage; trotzdem könne man eine Beschlussumsetzung versuchen. 10 Haltestellen wurden von der ViP in Zusammenarbeit mit der Landeshauptstadt Potsdam nach folgenden Kriterien ausgewählt: sie sollen

publikumswirksam sein, genügend Fläche und die Nähe zu Kitas und Schulen haben sowie über einen Fahrgastunterstand verfügen. Anhand der Folie 3 und 4 zeigt Herr Rubelt die ausgewählten Haltestellen sowie die mögliche Aufteilung an den Haltestellen anhand Folie 5. Abschließend verweist er darauf, dass dieses ein Umsetzungsvorschlag sei.

Herr Dr. Scharfenberg bedankt sich für die Präsentation und erinnert an die schwierige Diskussion zu diesem Thema. Er wünscht sich eine zeitnahe Umsetzung und fragt nach einem realistischen Umsetzungsbeginn sowie der unmittelbaren Zusammenarbeit mit der ViP. In der Tat soll in diesem Jahr mit der Umsetzung begonnen werden, spätestens Anfang des nächsten Jahres, so Herr Rubelt. Er bedankt sich bei den KollegInnen des ViP die von Anfang an mitgewirkt haben und eng mit der Landeshauptstadt zusammenarbeiten. Herr Dr. Scharfenberg freue sich über den Beginn des Modellprojektes und appelliert an den Oberbürgermeister, mit anderen Städten und Gemeinden, diesen Modellversuch zu kommunizieren.

Der Oberbürgermeister betont, dass er dieses gerne annehme, nachdem zwei bis drei Erfahrungen gesammelt wurden.

zu 5.7 Taxinotstand in Potsdam aus HA 27.10.21

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt, Herr Rubelt, verweist auf die Diskussion, die bereits über Jahre hinweg stattfindet. Ein wichtiger Baustein sei, die Mobilität für alle in Potsdam abzudecken. Trotzdem sehe die Verwaltung abnehmende Konzessionen, da die Rahmenbedingungen für die Taxiunternehmen schwieriger werden. Deswegen sehe die Verwaltung auch, dass die Tarife zu überprüfen sind, so dass ein neues externes Gutachten beauftragt werde. Wichtig sei es, mit den Unternehmen über Perspektiven zu sprechen. Herr Dr. Scharfenberg fragt, wann mit der überarbeiteten Taxitarifordnung gerechnet werden könne, die dann von der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen sei. Da der Abstimmungsprozess noch laufe, könne kein konkreter Termin genannt werden, so Herr Rubelt; er werde aber im Weiteren berichten

Der Oberbürgermeister weist abschließend darauf hin, dass es keine alleinige Auseinandersetzung Potsdams sei.

zu 6 Sonstiges

Bericht über den städtepartnerschaftlichen Austausch

Der Oberbürgermeister gibt für den städtepartnerschaftlichen Austausch folgende Termine bekannt:

Reisen in die Partnerstädte:

Versailles 21.-23. Januar Deutsch-Französischer Tag, 5-jähriges Städtepartnerschaftsjubiläum, war bereits 2021, konnte aufgrund von Corona nicht gemeinsam begangen werden

Luzern 29. April - 1. Mai, Stadtlauf Luzern, 20-jähriges

Städtepartnerschaftsjubiläum, Potsdam ist Gaststadt beim Luzerner Stadtlauf und präsentiert sich dort touristisch, musikalisch, kulturell/Jubiläumsveranstaltung findet in diesem Rahmen statt

Jyväskylä Frühjahr, Workshop zum Thema Digitalisierung, moderne Verwaltung Jyväskyläs Partnerstädte Jaroslavl (Russland) und Tartu (Estland) sollen ebenfalls teilnehmen

Sansibar Juli, 5-jähriges Städtepartnerschaftsjubiläum, Sansibar International Film Festival (ZIFF), Vorschlag: Übernahme durch Pete Heuer (evtl.gemeinsam mit Jann Jakobs)

Besuche aus den Partnerstädten:

Luzern 10.-13. November, 20-jähriges Städtepartnerschaftsjubiläum, Stadtpräsident Beat Züsli mit offizieller Delegation und Bürgergruppe aus Luzern in Potsdam, offizielle Jubiläumsveranstaltung am 12. November in Potsdam

Jyväskylä Herbst, Besuch des Stadtpräsidenten Timo Koivisto, Thema: Sportcampus, Sportakademie, Jyväskylä baut ähnlichen Sportcampus wie Sportpark Luftschiffhafen

Sansibar 5-jähriges Städtepartnerschaftsjubiläum, es steht noch nicht fest, ob eine Jubiläumsveranstaltung auch in Potsdam stattfindet

Stand der Verhandlungen – Josephinen-Wohnanlage

Die Beigeordnete für Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit, Frau Meier, führt dazu aus, dass die Verwaltung geprüft und festgestellt habe, dass es sich bei den Mietverträgen in Kombination mit einem Pflegevertrag handele. Der Pflegevertrag sei nicht gebunden an den Mietvertrag. Das heißt, die Bewohner können die Pflege frei wählen und es handelt sich hier um einen reinen Mietvertrag. Das stelle einen Vorteil für die Bewohner dar und damit sei die Begründung der Kündigung nicht rechtmäßig. Die Verwaltung habe zudem geprüft, ob eine baurechtliche Umnutzung möglich ist. Die Landeshauptstadt Potsdam biete eine Beratung der Bewohner an mehreren Terminen an und gebe es weitere Beratungsmöglichkeiten im Pflegestützpunkt der Stadt. Auf Nachfrage von Herrn Rühling zu den Gemeinschaftsräumen antwortet Frau Meier, dass der Erhalt der Wohnform wichtig sei. Für die Ausreichung des Essens gebe es die Lösung eines Lieferservice, Essen auf Rädern.

Der Oberbürgermeister bedankt sich bei Frau Meier für ihre Ausführungen sowie für die Klärung, welche Möglichkeiten die Stadt überhaupt habe.